

Union in Deutschland

Informations-Dienst

der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands

Zahlungen an Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, Bonn, Blücherstraße 14, Postscheckkonto Köln 36 531 und Bankverein Westdeutschland, Filiale Bonn 7487

Nr. 63

Bonn, den 9. August 1952

VI. Jahrg.

Lastenausgleich - Vorbedingung für Auslandshilfe

Dr. Lukaschek sprach mit Mr. Sonne - Kundgebung in Königstein

In Königstein im Taunus, dem Ort, in welchem Bundesminister Dr. Lukaschek nach dem Kriege zum ersten Male wieder als Richter im Leben Fuß fassen konnte, sprach der Bundesvertriebenenminister auf einer Feierstunde zum Tage der Heimat. Einheimische und Vertriebene in gleicher Zahl hatten sich zusammengefunden und spendeten den eindrucksvollen Worten Dr. Lukascheks warmen Beifall.

Dr. Lukaschek wies in seinen Ausführungen wiederholt darauf hin, daß das deutsche Vertriebenenproblem nur gelöst werden kann, wenn die gesamte Welt das Problem erkennt und zur Mithilfe entschlossen ist. „Aufgabe der Vertriebenen-Organisationen“, so betonte Dr. Lukaschek, „war es, auf die sittliche Pflicht der einheimischen Bevölkerung zur Mithilfe hinzuweisen. Inzwischen hat die Bundesrepublik bereits Erhebliches für die Vertriebenen geleistet. Jeder weiß allerdings, daß das Lastenausgleichsgesetz nicht ausreichend ist. Aber es ging ja darum, die Grenze zu finden, bei deren Überschreiten die einheimische Wirtschaft Schaden erlitten hätte. Dadurch würden auch die Heimatvertriebenen in erster Linie wieder betroffen werden.“ Doch selbst wenn, was Dr. Lukaschek für möglich und notwendig erklärte, der Ertrag des Lastenausgleichs von 2,3 Milliarden auf 2,6 bis 2,7 Milliarden gesteigert wäre, würde auch das keine Lösung gebracht haben. „Den 80 Milliarden Mark Schäden, die den Heimatvertriebenen durch die Austreibung zugefügt wurden, stehen über 120 Milliarden an Kriegsschäden in Westdeutschland gegenüber.“ Dr. Lukaschek bezifferte die Leistung der Bundesrepublik für die Heimatvertriebenen im Jahre 1950/51 auf 4,6 Milliarden DM und 1951/52 auf 6,00 Milliarden DM, bei einem Gesamtsteueraufkommen von 25 Milliarden DM ein beträchtlicher, wenn auch noch nicht ausreichender Beitrag.

Dr. Lukaschek hob sodann hervor, daß von den Heimatvertriebenen 30 Prozent ihren alten Lebensstandard wieder erreicht haben, freilich ohne ihren Besitz, den sie in der alten Heimat zurücklassen mußten. Weitere 50 Prozent haben feste Arbeitsplätze, wenn sie auch im Vergleich zu ihrem früheren Standard der eingesessenen Bevölkerung gegenüber um etwa 30 Prozent herabgedrückt sind. 20 Prozent etwa sind Rentner, von denen jedoch etwa 15 Prozent in der alten Heimat den gleichen Lebensstandard gehabt haben. Auch die 350 000 Neubauwohnungen, die in den letzten drei Jahren für Heimatvertriebene gebaut sind, führte Dr. Lukaschek an. Aber noch

10—15 Jahre müssen vergehen bei einer gleichen Steigerung des deutschen Sozialproduktes von gegenwärtig 131 Milliarden DM auf 150 Milliarden DM jährlich, bis die Wohnungsnot beseitigt ist.

Mit diesen Leistungen, betonte Dr. Lukaschek, bringt Deutschland seinen eigenen Beitrag zur Lösung des Flüchtlingsproblems. Nachdem das Lastenausgleichsgesetz angenommen ist, sind nun auch die Voraussetzungen für die Auslandshilfe geschaffen. Dr. Lukaschek wies den ihm gemachten Vorwurf zurück, er habe den Sonneplan in die Schublade gelegt. Aber Voraussetzung für eine Auslandshilfe im Rahmen des Sonneplanes war ja erst das deutsche Opfer, das jetzt mit der Annahme des Lastenausgleichs da ist.

Dr. Lukaschek teilte den Versammlungsteilnehmern mit, daß er gerade von einem Besuch bei dem in Kopenhagen weilenden Mr. Sonne komme. „Ich kann nur sagen“, so erklärte Dr. Lukaschek, „daß ich seelisch

aufgerichtet von dieser Besprechung zurückgekommen bin, weil wir in Mr. Sonne einen aufgeschlossenen Freund haben.“ Der Bundesvertriebenenminister warnte davor, von einem Junktim zwischen Lastenausgleich und Verteidigungsbeitrag zu sprechen. „Unsere historische Aufgabe, uns gegen den Osten zu schützen, ist nun einmal gegeben und ist die Voraussetzung auch für die Lebenssicherung der Vertriebenen. Auf der anderen Seite hat die militärische Verteidigung aber nur einen Sinn, wenn die sozialen Probleme gelöst und die Lebenshaltung der Vertriebenen gesichert wird.“

Endlich betonte Dr. Lukaschek: „Das Ziel der Heimatvertriebenen wird immer die Rückkehr in die alte Heimat sein. Die Schwierigkeiten sind ungeheuer, aber ich glaube fest daran. Der Tag der Rückkehr muß kommen, weil es sonst kein Europa und keine zivilisierte Welt mehr gibt. Deutsche Menschen haben schon einmal vor 700 Jahren den Osten friedlich erobert. Diese Aufgabe haben auch jetzt die Heimatvertriebenen in die neue Heimat wieder mitgebracht. Wall eines ganzen Volkes gegen den Osten können die Heimatvertriebenen und kann Deutschland nur sein, wenn Altbürger und Vertriebene zu einer Gemeinschaft zusammenwachsen. Eine Rückkehr in die alte Heimat an frischen Soldatengräbern

Entspannung oder Endlösung?

Die sommerliche Ferienruhe sollte eigentlich günstige Voraussetzungen für das Gelingen außenpolitisch so subtiler Verhandlungen geben, wie es die Besprechungen über eine Europa dienliche und beiden Interessenten einigermaßen befriedigende Lösung der Saarfrage sind. Aber die Mahnung des Vizekanzlers Blücher, die Besprechungen nicht zu übereilen, zeigt, wie schwierig es im gegenwärtigen Zeitpunkt noch ist, zu endgültigen Ergebnissen zu kommen. Kernpunkt der gegenwärtig schwebenden Besprechungen dürfte der Wunsch sein, zunächst eine Einigung über die Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten an der Saar zu erreichen, damit zum mindesten die der Gesamtatmosphäre wenig zuträgliche Auseinandersetzung im Straßburger Europarat sich erübrigt.

Wenn „bestimmte deutsche Vorschläge“, die der Schaffung eines gleichen Ausgangspunktes auch in territorialer Beziehung für die Schaffung eines europäisierten Saarbezirktes dienen sollten, in der französischen Öffentlichkeit eine über Erwarten scharfe

Zurückweisung erhalten haben und bei den Besprechungen vermutlich zunächst zurückgestellt werden, so deutet auch das mehr auf ein zeitweiliges Übereinkommen als auf eine wirkliche Lösung hin. Vizekanzler Blücher hat ja ebenfalls betont, daß für Deutschland keine „Saarlösung um jeden Preis“ in Frage kommt. Die dahin zielenden Kassandrarufer des ewigen Verneiners Dr. Schumacher über den Rundfunk tönen auch hier wieder ins Leere. Das Eingreifen des Kanzlers besagt in diesem Zusammenhang genug.

Die „Diplomatische Korrespondenz“ macht, was zur Ergänzung des Bildes dient, darauf aufmerksam, daß bei einem im Endziel ergebnislosen Ausgang der Gespräche eben der Fortgang der europäischen Integration sich zu späterer Zeit als wirksam erweisen müßte. Dieser Weg kann unter den augenblicklichen Verhältnissen vielleicht als gefahrloser angesehen werden, wenn er auch langwieriger ist, als es der auf Anregung von Außenminister Schuman aufgegriffene Vorschlag sich zum Ziel gesetzt hatte.

Saarverhandlungen in englischer Sicht

Für „gewagt vernünftige Entscheidungen“ – Hintergedanken müssen überwunden werden

Die Pariser Verhandlungen werden in der englischen Presse mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt.

Die „Times“ bemerkte:

„Allgemein galt als feststehend, daß die Saarfrage nicht endgültig geregelt werden kann, ehe nicht ein regelrechter Friedensvertrag mit Deutschland geschlossen worden ist. Nun besteht aber die Möglichkeit, daß die Saar im Rahmen der Funktion des Schumanplanes ein vorläufiges internationales Regime erhält, das, wie man hofft, am Ende als Dauerlösung akzeptiert werden könnte, wenn die Bewegung für die Föderation und Einheit Europas unterdessen Fortschritte macht. Eine solche Regelung, die in der Tat für die Saar die besten Aussichten böte und ein Beitrag zum Frieden und zur Stabilität Europas wäre, würde jedoch offenkundig eine klare und dauernde Anerkennung durch die Franzosen ebenso wie auch durch die Deutschen — und durch die Bevölkerung an der Saar — voraussetzen. Von diesen deutsch-französischen Verhandlungen hängt viel ab.“

„Manchester Guardian“ nennt den Vorschlag der Franzosen, Saarbrücken zur ständigen Residenz der Hohen Behörde zu machen und die Saar zu „europäisieren“, ein wichtiges Zugeständnis, ebenso wie die vorläufige Verlegung der Hohen Behörde nach Luxemburg und nicht nach Straßburg. Die Zeitung schreibt:

„Für die Franzosen ist die Saar der Hauptgarant für ein industrielles „Gleichgewicht“ zwischen Frankreich und der Ruhr innerhalb der Gemeinschaft. Die beiden Einstellungen prallen bereits in gegenseitigem Mißtrauen aufeinander. Es ist dringend erforderlich, daß hier Einhalt geboten wird. Mit ihrer bereits bekannten Methode, durch einen plötzlichen Vorschlag zu überraschen, dürften die Franzosen Dr. Adenauer einige unnötige taktische Sorgen verursacht haben. Während der entscheidenden sieben Wochen aber sind das französische und das deutsche Parlament in den Ferien. Die beiden Regierungen haben also eine Chance, in der Stille der Augusthitze einige gewagt vernünftige Entscheidungen zu treffen.“

Die Fragen Dr. Adenauers an Außenminister Schuman hinsichtlich der Europäisierung treffen, wie „Manchester Guardian“ bemerkt, den „Kern der Sache“. (Als Fragen werden genannt: Was heißt europäischer Status? Welches Gebiet soll europäisch werden? Welche Schritte zur Befragung der Saarbevölkerung sollen unternommen werden?) Die Zeitung fährt fort:

Lastenausgleich und Auslandshilfe

vorbei kann es niemals geben.“ Dr. Lukaschek betonte dann, daß auch der Vertriebenenminister ein Kabinettsminister ist und den ganzen Umkreis der Probleme zu übersehen hat. Er warnte vor einer Radikalisierung in den Forderungen. In den vergangenen vier Jahren ist manches erreicht worden, und wir schulden dafür den Dank insbesondere unseren Brüdern in der Heimat. Für sich selbst und seine Aufgabe nahm Dr. Lukaschek die Worte des Sinnspruchs in Anspruch:

„Wer nach hohem Ziele fährt, muß am Steuer ruhig sitzen, unbekümmert, ob um ihn Lob und Tadel hoch aufspritzen.“

„Wenn die Saar europäisch werden soll, dann muß die Regierungsgewalt mit Billigung Frankreichs und Deutschlands ihren eigenen Verwaltungsbehörden übertragen werden. Diese Regelung könnte nützlicher Weise durch ein förmliches Statut — anfangs im Rahmen des Europarates und später der geplanten europäischen politischen Behörde — gekrönt werden. Die deutsche Regierung hat auch, durchaus inoffiziell, durchblicken lassen, daß die „Europäisierung“ der Saar den Deutschen als ein weniger großes Opfer erscheinen würde, wenn die Franzosen gleichzeitig ein kleines Stück ihres

Die Polemik der sozialdemokratischen Opposition hat ein bedauerlich tiefes Niveau erreicht — bedauerlich schon deshalb, weil ihr die Tragödie, die sich gegenwärtig in der Sowjetzone im Leben zahlloser Familien und Einzelpersonen abspielt, gerade gut genug erscheint, um sie als Agitationsmaterial gegen die Politik des Bundeskanzlers zu mißbrauchen. So kann man im SPD-Pressedienst Ausführungen lesen, deren Sinn kein anderer sein kann als: Weil Dr. Adenauer die Verträge unterschrieben hat, rast über die Sowjetzone eine neue Welle des bolschewistischen Terrors! Die Tendenz dieser neuen sozialdemokratischen Diffamierung des Bundeskanzlers und der Regierungspolitik ist klar. Offen bleibt nur die Frage, ob bei diesem Diffamierungsversuch der Haß oder die Unwissenheit federführend war.

Wir wären, so schreibt der DUD, mit Rücksicht auf die Entwicklung des deutschen demokratischen Lebens beinahe glücklich, wenn die SPD an den von ihr behaupteten Kausalzusammenhang zwischen Verträgen und neuer Terrorwelle in der Sowjetzone selbst glaubte. Dies würde zwar eine erschreckende Unkenntnis der Dinge bedeuten, denn in Wirklichkeit ist es doch so, daß die Entwicklung in der Sowjetzone seit Jahren darauf hinausläuft, aus der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands eine richtiggehende bolschewistische „Volksdemokratie“ zu machen. Hier wie in einer ganzen Reihe von Präzedenzfällen haben die bolschewistischen Machthaber es stets verstanden, irgendeinen äußeren Anlaß zur Begründung der Verwirklichung ihrer längst geplanten Maßnahmen herauszustellen. Weil wir aber auch den politischen Gegner nicht unterschätzen, müssen wir annehmen, daß die SPD-Führung über die Entwicklung in der Sowjetzone genau im Bilde ist. Diese Erkenntnis führt jedoch zu der erschreckenden Feststellung, daß die neueste sozialdemokratische Diffamierung des Bundeskanzlers und der von ihm geführten Politik gegen besseres Wissen durch Haß ausgelöst worden ist!

Der Vorwurf der SPD läuft im letzten darauf hinaus, der Bundeskanzler und die seine Politik stützenden Parteien hätten vor einer bolschewistischen Erpressungspolitik nicht kapituliert! Sicher ist es das furchtbarste Ergebnis des unheilvollen Hitlerkrieges, daß seit 1945 rund 18 Millionen Deutsche unter bolschewistischer Gewalt stehen. Die derzeitigen Machthaber östlich von Elbe und Werra haben jede Möglichkeit, die unglückliche Bevölkerung jedem

Landes „europäisieren“. Dieser Vorschlag ist wert, erwogen zu werden.“

Zusammenfassend erklärt „Manchester Guardian“: „Es will scheinen, als könnte nur ein radikaler Wandel die beiden Parteien in diesem Streit zufriedenstellen. Vor allem die Franzosen werden Zugeständnisse machen müssen (die aber auch Risiken bedeuten), während allseits Befürchtungen ebenso wie Hintergedanken und rein gewohnheitsmäßige Reaktionen überwunden werden müssen. Aber wie schon de Tocqueville sagte, ist die Erinnerung leicht ein schlechter Ratgeber für Staatsmänner. Und läßt man die augenblicklichen Meinungsverschiedenheiten gleich Wunden in der Gemeinschaft schwären, werden sie fast mit Sicherheit gefährlichere Toxine entwickeln als bisher. In der Politik gibt es nur sehr wenige Heilmittel für chronische Leiden. Viel besser ist es, wenn man versucht, ihnen vorzubeugen.“

Infamie

beliebigen Terror zu unterwerfen. Sie könnten also eine ausgesprochene Erpresserpolitik treiben, die — fände sich auf der anderen Seite der entsprechende Partner — ein Tages die Bundesrepublik mit ihren 48 Millionen Bewohnern mit Haut und Haar (einschließlich der SPD!) verschlingen könnte. Dazu würde es führen, wenn die Bundesregierung sich auf eine Politik einließe, wie sie ihr in dem diffamierenden Artikel des SPD-Pressedienstes nahegelegt wird.

Demgegenüber hat Bundeskanzler Dr. Adenauer gerade in dem von veröffentlichten Interview klar ausgesprochen: „Ich halte es grundsätzlich für falsch, unsere ganze Politik ausschließlich auf die Sowjetunion zu beziehen. Wir müssen das tun, was wir als richtig erkannt haben, und dürfen uns nicht das Gesetz des Handelns von der Sowjetunion vorschreiben lassen.“ Schließlich verfolgt ja die ganze Politik des Bundeskanzlers, der Bundesregierung und der Regierungsmehrheit das große Ziel, durch eine Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit sowohl die Freiheit der Bevölkerung der Bundesrepublik zu gewährleisten als auch die Leidenszeit der Bevölkerung der Sowjetzone zu beenden. Gerade die zahlreichen Stimmen aus der Sowjetzone, die auf verschiedenen Wegen nach Bonn gelangen, beweisen, daß die dortige Bevölkerung den eingeschlagenen Weg für den einzig richtigen hält.

Wir wissen nicht, ob die Diffamierungspolitik der SPD mit ihren letzten Ergüssen ihren Tiefstand erreicht hat. Wir vermögen uns ein weiteres Absinken eigentlich nicht mehr vorzustellen und möchten schon im Interesse einer gesunden Entwicklung der jungen deutschen Demokratie auch gar nicht eines Besseren belehrt werden!

„Den Strick einhandeln?“

Der Verlauf des Rüsselsheimer Parteitages der SPD von Hessen-Süd nahm nicht ganz den von seinen Organisatoren gewünschten Verlauf. Entgegen der parteioffiziellen Lesart wurden Stimmen laut, die warnend darauf verwiesen, daß eine „Volksbefragung“ unter Umständen auch einen nicht erwünschten Ausgang nehmen könnte. Es gab verblüffte Gesichter, als dieser Mann u. a. erklärte, bei Verhandlungen mit den Bolschewisten könnte man sich nur „den Strick einhandeln, an dem dann alle, auch die SPD, aufgeknüpft würden“. Es scheint, als dämmerte es selbst in den Reihen der hartnäckigen Opposition...

Vertriebene und Flüchtlinge

Verzicht auf den Osten ist Verrat an Deutschland

Dr. Linus Kather sprach in Berlin zum „Tag der Heimat“

Berlin, als Vorposten westlicher Denkungsart im Ringen zweier unvereinbarer Ideologien, war der rechte Ort für die Vertriebenen, im Rahmen des „Tages der Heimat“ an den Westen einen eindringlichen Appell zur Ordnung und Besinnung zu richten und dem Osten unnüßverständlich die Ablehnung seines Geistes und seiner Methoden zu demonstrieren.

Dr. Linus Kather, CDU-Bundestagsabgeordneter und 1. Vorsitzender des Bundes der vertriebenen Deutschen, bezeichnete als berufener Sprecher aller Vertriebenen auf einer Kundgebung in der Berliner Waldbühne die Vertreibung von 15 Millionen Menschen aus ihrer Heimat und die Gewaltmaßnahmen in der Sowjetzone als Ausdruck des gleichen Gewaltsystems. Das täglich anwachsende Unrecht nannte er einen „Schandfleck im Menschenantlitz“ unserer Zeit. Der Bund der vertriebenen Deutschen betrachte es deshalb als seine vornehmste Aufgabe, diese Zustände vor der Weltöffentlichkeit anzuprangern. Die regierenden Männer der Sowjetzone hätten als Handlanger des Sowjetsystems gegenüber Angehörigen des eigenen Volkes die Schuld schwerer Verbrechen auf sich gehäuft. Ihr schändlicher Verrat an dem gesamten deutschen Volk bestand darin, daß sie ohne Legitimation auf die deutsche Heimat im Osten verzichteten, erklärte Dr. Kather unter großem Beifall. Für jeden freien Deutschen würde daher die Verpflichtung zur gesamtdeutschen Solidarität entstehen, die angesichts der Not der Heimatvertriebenen und Sowjetzonenflüchtlinge Tat werden müsse. Die Besatzungsmächte haben eine rechtliche Verpflichtung gegenüber Deutschland und tragen auch die Mitverantwortung für die Zustände in den Besatzungszonen. Amerika habe dies durch seine großartige Haltung gegenüber Berlin bewiesen. Es sei jedoch wichtiger, daß die gesamte westliche Welt geschlossen zur Verteidigung von Freiheit und Menschenwürde zusammenstehe, da diese Werte gefährdet seien. In diesem Sinne werde sich auch der Bund der vertriebenen Deutschen der Not der Sowjetzonenflüchtlinge verstärkt annehmen und ihren berechtigten Forderungen Nachdruck verleihen.

Zur Frage der Wiedervereinigung Deutschlands betonte Dr. Kather die enge Verbundenheit der Heimatvertriebenen mit der Bevölkerung der Sowjetzone, weil sie im Grunde ein gemeinsames Schicksal haben. Es dürfe jedoch kein Zweifel darüber bestehen, daß der Begriff „Wiedervereinigung“ auch die Einbeziehung Ostdeutschlands enthalten müsse. Schritt für Schritt müsse die Wiedervereinigung der Sowjetzone mit der Bundesrepublik und dann die Rückführung der ostdeutschen Heimatgebiete erfolgen. Dabei sollen nach dem Wunsche aller Vertriebenen die Verhandlungsmöglichkeiten durch die Besatzungsmächte voll ausgeschöpft werden. Weil die Heimatvertriebenen grausame Erfahrungen mit dem Bolschewismus gemacht haben, stimmen sie mit den Deutschen in der Sowjetzone und mit den Berlinern in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands und Verteidigung

Europas voll überein. Durch Verhandlungen mit den Russen dürfen jedoch bei der Integration Europas und der Schaffung einer europäischen Verteidigungsfront keinerlei Verzögerungen entstehen. Der Frieden könne nur gerettet werden, wenn die Gefahr durch schnelles Handeln beseitigt wird. Dabei müsse man bedenken, daß die Gegenseite nur die Argumentation der Tatsachen und die Sprache der Macht anerkennen würde. Für die Vertriebenen bedingen diese Feststellungen jedoch zwei Einschränkungen, ohne die diese politische Konzeption nicht durchführbar sei. Der Heimatverlust sei für alle Vertriebenen zur Schicksalsfrage geworden, so daß ihr Recht auf Heimat nie angezweifelt werden dürfe. Weiterhin müsse der soziale Friede unter den Deutschen hergestellt und gesichert werden.

„Wir verzichten auf Rache und Vergeltung, und unser oberstes Ziel ist die Sicherung des Friedens. Wir wollen auch um der Heimat willen keinen Krieg, sondern verabscheuen ihn“, rief Dr. Kather im Namen aller Vertriebenen aus. Es müsse sich im deutschen Volk und in der westlichen Welt weit stärker als bisher die Erkenntnis durchsetzen, daß die ungelöste Frage der Anerkennung des Heimatrechtes sich bisher sehr nachteilig auf die Gesamtheit der Vertriebenen ausgewirkt habe und deshalb gemeinsam gelöst werden müsse. Der Lastenausgleich hätte zwar vom BVD unter Einschränkungen Zustimmung erhalten, er müsse jedoch im Sinne eines echten Lastenausgleichs weitgehend verbessert werden. In einem Schlußwort gemahnte Dr. Kather alle Vertriebenen zur Einheit, damit die Eingliederung in die Gastheimat und die künftige Rückkehr in die Heimat wirksam durchgesetzt werden können.

„Die gesamtdeutsche Heimat bleibt jedoch Anliegen aller Deutschen“, so schloß Dr. Kather, „denn sie gehören alle zur Landsmannschaft Deutschland.“

„Tag der Heimat“

Der „Tag der Heimat“, der am vergangenen Sonntag von den Vertriebenen und Flüchtlingen in der Bundesrepublik durch mehrere hundert Veranstaltungen begangen wurde, ließ eine Reihe tragender Gedanken einheitlich in den Vordergrund treten: Bekenntnis zur Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und zum Recht auf die Heimat, Forderung nach Lösung des Vertriebenenproblems durch internationale Hilfe und nach entschiedener Verwirklichung des Lastenausgleichs — diese Gedanken waren Gemeingut der namhaften Sprecher bei den verschiedenen Kundgebungen. Mit keinem Worte — und auch diese Feststellung erscheint uns wichtig —

wurden jedoch Haß und Rachedenken propagiert; man hörte nichts von einem Ruf nach Wiedervergeltung des erlittenen unsagbaren Unrechtes und auch nichts von einer gewaltsamen Wiedergewinnung der verlorenen Heimat. Man würde an gewissen Stellen des Auslandes, die sich von dem Alldruck einer deutschen „Revanchepolitik“ noch immer nicht befreien können, gut daran tun, auch diese Tatsache gebührend in Rechnung zu stellen.

Die großen Forderungen, die am „Tag der Heimat“ so nachdrücklich unterstrichen wurden, können allerdings nur im Rahmen einer großzügigen politischen Konzeption verwirklicht werden. Weil dies der Fall ist, muß Deutschland einschließlich seiner Heimatvertriebenen daran denken, seine Ziele durch eine Eingliederung in die Friedensorganisation der freien Völker zu erreichen. Diese Absicht aber verfolgt die Politik des Bundeskanzlers und der Bundesregierung, wie sie in den großen Vertragswerken ihren sinnfälligsten Ausdruck gefunden hat. Hier decken sich die politischen Ziele der Bundesregierung mit den Zielen der Heimatvertriebenen in besonderer Weise. Daher muß es auch Aufgabe der Heimatvertriebenen und ihrer Exponenten sein, diese Politik nach besten Kräften zu unterstützen. Dazu raten — abgesehen von tiefergehenden politischen Betrachtungen — auch reine Zweckmäßigkeitserwägungen: Ein gerechter Lastenausgleich wird nur in einem konsolidierten Gemeinwesen, dessen Position gegen jede Aggression gesichert ist, durchgeführt werden können, und auf die unerläßliche internationale Hilfe kann nur derjenige rechnen, der selbst bereit ist, zur Erfüllung der gemeinsamen Aufgaben nach seinen Kräften beizutragen.

Dr. Adenauer an das „Memeler Dampfboot“

Der Bundeskanzler hat zur Feier des 700jährigen Bestehens von Memel am 1. August ein Glückwunschtelegramm an die Memeler Heimatzeitung gerichtet. In dem Telegramm heißt es: Alle Deutschen in Ost und West erinnern sich der ungeborenen und unwandelbaren Treue, mit der Memel und das Memelland in ihrer wechselvollen Geschichte deutsch geblieben seien. In den letzten hundert Jahren habe sich dabei die Heimatzeitung „Memeler Dampfboot“ als ein eindringliches, weithin vernehmbares Sprachrohr erwiesen. „Für uns alle ist es heute schmerzlich, Ihre Memeler Heimat vom deutschen Mutterlande losgerissen zu sehen. Ich gebe die Hoffnung nicht auf und will mit allen Kräften dazu beitragen, daß Ihnen eine bessere und friedlichere Zukunft zu Ihrem Recht auf das Land Ihrer Väter wieder verhelfen möge.“

Wie die Sowjet-CDU schult

Aus dem Rundschreiben L 16/52 der SED-hörigen Nuschke-Dertinger-CDU entnehmen wir die nachfolgende Aufstellung für die verbindliche Teilnahme an den Lehrgängen der Parteischulen. Um nicht nur eine straffe Organisation zu erhalten, sondern ihre Funktionäre auszurichten, wird versucht, soweit als möglich jedes nur mit irgend einem Amt betraute Mitglied zwangszuschulen.

Der Pflichtbesuch von CDU-Kreisparteischulen bzw. Kreisexternatslehrgängen oder regelmäßigen Wochenend-schulungen ist allen Mitgliedern der Vorstände der Orts- und Betriebsgruppen, allen Bürgermeistern, allen übrigen verantwortlichen Mitarbeitern in Verwaltung und Wirtschaft auf der Kreis- und Gemeindeebene, allen Gemeindevertretern und Kreistagsabgeordneten, den hauptamtlichen Mitarbeitern in den Organisationen auf der Kreisebene (Friedenskomitee, Nationale Front, Massenorganisationen usw.) vorgeschrieben.

Die Landesparteischulen haben zu besuchen die Vorsitzenden größerer Ortsgruppen, die Vorsitzenden der Betriebsgruppen in Schwerpunktbetrieben, alle Mitglieder der Kreisvorstände sowie die politischen Mitarbeiter der Kreissekretariate, alle Kreisräte (in Groß-Berlin alle Bezirksräte), alle Mitglieder der Landesvorstände und die politischen Mitarbeiter der Landessekretariate, alle Mitglieder öffentlicher Körperschaften, die Redakteure der CDU-Landeszeitungen, die leitenden Angestellten der CDU-Verlage und übrigen Zweigbetriebe der VEB-Union.

Pflichtbesuch der Zentralen Parteischule „Otto Nuschke“ kommt für alle Kreisvorsitzenden (nach Besuch der Landesparteischule), alle Kreissekretäre (nach Besuch der Landesparteischule), die Mitglieder der geschäftsführenden Landesvorstände, die Landessekretäre, die Mitglieder der Landessekretariate (nach Besuch der Landesparteischule), die leitenden Persönlichkeiten und ihre Referenten, die Hauptabteilungsleiter in der Staatlichen

Verwaltung auf der zentralen und Landesebene, die Abteilungsleiter in den Ministerien der DDR, die Bürgermeister und Stadträte in den Großstädten (in Groß-Berlin auch Magistratsdirektoren), die Chefredakteure der Parteipresse, die leitenden Mitarbeiter der Union-Verwaltungs-GmbH. in Frage.

Neben diesen Pflichtlehrgängen werden noch Sonderlehrgänge auf der Kreis- und Landesebene abgehalten, sowie in der Zentralen Parteischule, denen sich die „Funktionäre“ unterziehen müssen. Daneben läuft noch für alle leitenden Mitarbeiter der Nuschke-CDU, die in Partei, Massenorganisationen, staatlicher Verwaltung sowie im wirtschaftlichen und kulturellen Leben tätig sind, verbindlich ein Zwölfmonatstudium als Fernstudium. Die Berufung der Teilnehmer des Fernstudiums erfolgt durch das Sekretariat der Parteileitung auf Vorschlag der Landessekretariate. Zu Konsultationen müssen die Teilnehmer nach zwei Lehrabschnitten bezirksweise in den Landessekretariaten zusammenkommen. Nach Abschluß des Studiums ist die Möglichkeit einer Abschlussprüfung an der Zentralen Parteischule oder den Landesparteischulen vorgesehen.

Mit diesen Maßnahmen tritt die Nuschke-CDU voll und ganz auch hier in die Fußtapfen der kommunistischen Parteien. Zu einer Maschinerie herabgewürdigt, der jedes Eigenleben als Partei genommen ist, bedeutet es das vollkommene Einschwenken in die Öde und den Zwang der Volkdemokratie.

Wehrpflicht - auf Ulbrichts Befehl

„... deshalb verpflichte ich mich zum Ehrendienst in der Volkspolizei“. Täglich liest man diesen Satz in der SED-Presse. Die „Selbstverpflichtungen“ von Jungen und Mädchen zum „Dienst mit der Waffe in der Hand“ sind schon fester Bestand im Propaganda-Repertoire ebenso wie die dick aufgetragene Begeisterung für die von Moskau gewünschten „Nationalen Streitkräfte“.

Was indessen die Bevölkerung über die Wehr-Begeisterung Pankows denkt, ist nicht verborgen geblieben. Zum ersten Mal ist es jetzt gelungen, eine Art Meinungsforschung über die Stimmung der Bevölkerung in der Sowjetzone durchzuführen. Der „Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen“ in West-Berlin befragte 2300 seiner Besucher, die wieder in die Zone zurückkehrten. Ergebnis: Nur 20 Prozent der Jugendlichen sind für eine Volksarmee. Die einen aus politischer Überzeugung, die anderen aus materiellen Gründen. Die übrigen 80 Prozent lehnen die „Nationalen Streitkräfte“ ab.

Trotzdem stehen jetzt schon zwischen Elbe und Oder Zehntausende unter Waffen, ohne daß bisher das Scheinparlament, die Volkskammer, darüber auch nur befragt wurde. Eine „Nationalarmee“ wird aufgebaut ohne jede parlamentarische Kontrolle oder Billigung. Lediglich ein Beschluß des „demokratischen Blocks“ der unter der Lei-

tung der SED zusammengefaßten Sowjetzonenparteien „legalisiert“ bisher die Zwangsverpflichtungen Jugendlicher und die Waffenausgabe aus den längst eingerichteten zentralen Versorgungslagern der Volkspolizei. Nicht einmal über die Kosten dieser Nationalarmee ist bisher vor der Volkskammer ein Wort gesagt worden.

Es wird in der Sowjetzone auch niemals eine offene Diskussion über alle diese Fragen geben. Eines Tages zwar wird Ulbricht ohne ein Wehrpflicht-Gesetz, das jeden Bürger an ihn ausliefert, nicht mehr auskommen. Der Entwurf dieses Gesetzes liegt schon vor, wurde aber bisher mit keiner Zeile in der Sowjetzonen-Presse erwähnt. Der westberliner „Tag“ hat aus sicherer Quelle erfahren, wie Walter Ulbrichts Wehrgesetz-Entwurf aussieht. Er übertrifft bei weitem alles, was in Westdeutschland zur Debatte steht. Und er ist nicht in Gefahr, zerredet zu werden — Ulbricht wird ihn vorlegen und keine Widerrede dulden.

„Zum Schutze der Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik“ hat nach diesem Gesetzentwurf „jeder Bürger der DDR die Pflicht, sein Vaterland zu schützen“. Das Kernstück ist die Verkündung der allgemeinen Wehrpflicht für alle Männer vom 18. bis zum 60. Lebensjahr. Unterschieden wird zwischen der „gewöhnlichen“

Wehrpflicht und einer „erweiterten“ Wehrpflicht im Falle eines Notstandes. Der gewöhnlichen Wehrpflicht unterliegen alle Männer zwischen 18 und 45 Jahren. Bei „Proklamation des Notstandes durch die Regierung der DDR“ können jedoch „alle männlichen und weiblichen Personen vom 18. bis zum vollendeten 59. Lebensjahr der direkten und indirekten Dienstpflicht unterliegen“. Wer diese Wehrpflicht nicht erfüllt, wird bestraft, und zwar — ausgerechnet — „auf Grund des Gesetzes zum Schutze des Friedens“. Damit kann Pankow, wann immer es will, rücksichtslos über das Schicksal der gesamten Bevölkerung der Sowjetzone verfügen. Die Wehrpflichtigen sollen von den Meldeämtern der Volkspolizei erfaßt und dabei sogar gezwungen werden, schriftlich ihre „Bereitschaft“ zum Wehrdienst zu erklären. Mit ihrer Unterschrift haben sie sich dann der Willkür der Machthaber restlos ausgeliefert. —

Die „Bürger“ liquidieren

Der Klassenkampf werde sich in nächster Zeit auch im Gebiet der DDR erheblich verschärfen, kündigte Pressemeldungen zufolge, der ehemalige Innenminister des Landes Brandenburg, Bruno Lentzsch (SED), vor Funktionären und SED-Abgeordneten des neuen Bezirksparlaments an. Lentzsch bezeichnete es als Notwendigkeit, den Einfluß der LDP und der Sowjet-CDU auch in den Massenorganisationen mehr als bisher einzudämmen. Die LDP nannte Lentzsch ein „Sammelbecken reaktionärer Elemente, denen gegenüber keine Milde mehr angebracht ist“. Wenn auch vorläufig der Kampf gegen die bürgerlichen Parteien „aus taktischen Gründen nicht offen geführt werden“ dürfe, so müßten von den Funktionären der SED doch alle Vorbereitungen getroffen werden, „um eines Tages z u s c h l a g e n z u k ö n n e n“.

In den ständigen Kommissionen der Bezirksverwaltungen soll, wie Lentzsch weiter sagte, der Einfluß der bürgerlichen Parteien so gering wie möglich gehalten werden. Das gleiche gelte auch für die Handwerkskammern, in denen sich die Verschärfung des Klassenkampfes am deutlichsten abzeichnen werde.

Auf die Frage, warum die SED jetzt nachdem öffentlichen Bekenntnis zur volkdemokratischen Entwicklung überhaupt noch mit den Bürgerlichen zusammenarbeite und den Bürgerlichen noch immer hohe Funktionen im Staate zugestanden seien, erklärte Lentzsch, daß beim Übergang zum Sozialismus die spezifischen Bedingungen in der DDR berücksichtigt werden müßten und daß man die bürgerlichen Parteien noch als Klammern nach Westdeutschland benötige. „Das schließt aber nicht aus“, versicherte Bruno Lentzsch den SED-Funktionären, „daß wir die Bürgerlichen liquidieren werden, wenn wir unser großes Ziel erreicht haben: die einheitliche volkdemokratische Republik Deutschland“.

Nach Meldungen aus dem Urangebiet in Mitteldeutschland wurden auf Veranlassung des kommunistischen Staatssicherheitsdienstes insgesamt 200 Uranbergarbeiter verhaftet, die sich als Wortführer gegen die unzureichenden Sicherheitsmaßnahmen in den Urangruben betätigt hatten.

A IV 6 c Arbeitseinsatz

Tiefster Stand der Arbeitslosigkeit erreicht

Die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik ist im Juli um 84 510 auf 1 155 456 zurückgegangen. Damit lag die Zahl der Arbeitslosen um fast 60 000 unter dem Tiefstand des vergangenen Jahres und hat damit den tiefsten Stand seit Bestehen der Bundesrepublik überhaupt erreicht. Den stärksten Rückgang hatten Nordrhein-Westfalen mit 20 998, Niedersachsen mit 19 659, Bayern mit 16 289. Dann folgen Schleswig-Holstein mit 10 602, Hessen mit 5 257, Hamburg mit 4406, Baden-Württemberg mit 2970, Rheinland-Pfalz mit 2434 und Bremen mit 1895. Auch in West-Berlin ist die Zahl der Arbeitslosen in der zweiten Juli-hälfte zurückgegangen, und zwar um 14 014 auf 276 043. Die Zahl der Beschäftigten in der Bundesrepublik ist seit ihrer Konstituierung im September 1949 bis zum Juni 1952 von 13,6 Millionen auf 15,2 Millionen, also um 1,6 Millionen gestiegen.

9. August 1952

A IV 3 a Allgemeines

Höchstproduktion von Eisen und Stahl

Das Statistische Bundesamt, Außenstelle Düsseldorf, Eisen- und Stahlstatistik, gibt folgende Produktionsziffern von Roheisen und Rohstahl im Juli 1952 (vorläufige Zahlen) bekannt:

Roheisen: Im Monat Juli 1952 wurde unter Verwendung inländischer und importierter Brennstoffe eine Erzeugung von insgesamt 1 107 798 t Roheisen (1 014 972 t im Vormonat) erzielt. Am Juni-Ergebnis gemessen, erhöhte sich die arbeitstägliche Roheisengewinnung um 1903 t. Die im Rahmen der Gesamtproduktion durch den Einsatz von Import-Brennstoffen erzielte Erzeugung belief sich auf 300 000 t.

Rohstahl: Die unter Verwendung von inländischen und eingeführten Brennstoffen im Monat Juli 1952 erreichte Produktion an Rohstahl betrug insgesamt 1 377 785 t (1 224 071 t im Vormonat). Bei 27 Arbeitstagen im Juli wurden arbeitstäglich 51 029 t Rohstahl (49 962 t im Vormonat) erzeugt. Im Vergleich mit dem Juni-Ergebnis erhöhte sich die arbeitstägliche Rohstahlerzeugung um 1 076 t. Die im Rahmen der vorgenannten Gesamtproduktion auf dem Einsatz von Importbrennstoffen beruhende Erzeugung belief sich auf 235 000 t. Im Monat Juli wurde somit bei Roheisen und Rohstahl die bisher höchste monatliche und arbeitstägliche Produktion seit Kriegsende erreicht.

9. August 1952

A IV 7 b Lastenausgleich

Lastenausgleichsgesetz Anfang September in Kraft

Nachdem das Lastenausgleichsgesetz am 10. Juli 1952 vom Bundestag und am 18. Juli 1952 vom Bundesrat endgültig angenommen worden ist, wird der Gesetzestext gegenwärtig vom Bundesfinanzministerium und Bundesjustizministerium in Zusammenarbeit mit dem Bundesrat redaktionell überarbeitet. Diese Arbeiten werden bis Anfang August abgeschlossen sein. Bis zum 16. 8. werden die Unterschriften des Finanzministers, des Bundeskanzlers und des Bundespräsidenten erfolgen. Die Veröffentlichung des Lastenausgleichsgesetzes im „Bundesanzeiger“ erfolgt voraussichtlich am 17. August, wodurch es offiziell verkündet ist. Es wird dann, entgegen anderslautenden Meldungen, 14 Tage nach der Verkündung in Kraft treten.

9. August 1952

C b CSU

CSU bereitet neues Programm vor

Der geschäftsführende Landesvorstand der Christlich-Sozialen Union in Bayern beschloß in seiner letzten Sitzung, das Grundsatzprogramm der Christlich-Sozialen Union den heutigen Bedürfnissen und politischen Gegebenheiten — insbesondere auf dem Gebiet der Sozialpolitik — anzupassen. Dies soll in den kommenden Wochen durch einen noch zu bestimmenden Redaktionsausschuß erfolgen. Gleichzeitig wird ein Aktionsprogramm der Christlich-Sozialen Union vorbereitet, in dem die CSU auf Grund ihrer bisherigen politischen Haltung und Leistung zu den bevorstehenden politischen Entscheidungen Stellung nehmen wird.

9. August 1952

A IV 1 e Kirche

Ehlers über Kirche und Kriegsdienstverweigerung

Die Kirche im Osten stehe in einem ständig stärker werdenden Kampf um die Freiheit ihrer Ordnung und ihrer Verkündigung, erklärte Bundestagspräsident Dr. Ehlers am 6. August im Bayerischen Rundfunk. Sie sei die einzige Stelle, die den gedrückten und verfolgten Menschen des Ostens noch Trost sagen könne. „Wir haben alle Veranlassung, dafür Sorge zu tragen, daß — auch nicht ohne oder gegen unsere Absicht — kirchliches Handeln im Westen nicht den Kräften Zubringerdienste leistet, die unsere Brüder im Osten unterdrücken.“

Der Bundestagspräsident bezog diese letzten Worte auf eine Aktion von zehn Duisburger evangelischen Pfarrern, die Mitte Juli einen Aufruf zur Wehr- und Kriegsdienstverweigerung erließen. Die Pfarrer hätten damit eine „politische Aktion“ gewollt, „in untrennbarer Verbindung mit dem geistigen Amt, unter Ausnutzung amtlicher Funktionen und unter Benutzung amtlicher Stempel“. Das sei ein Vorgang, der im gesamtpolitischen Zusammenhang zu sehr ernsten Bedenken Anlaß gebe. Die Evangelische Kirche in Deutschland habe zwar mehrfach erklärt, daß jemand, der aus Gewissensgründen den Kriegsdienst verweigere, ihrer Hilfe und Fürbitte gewiß sein könne. Sie habe aber nicht erklärt, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen sei, in dem der Staat ohne Macht existieren könne; sie habe insbesondere nicht erklärt, daß Pazifismus und Kriegsdienstverweigerung die eigentlich kirchlich gebotene Haltung seien. Sie habe auch nicht als Kirche zur Kriegsdienstverweigerung aufgerufen, sondern lediglich dem einzelnen, der sich in Gewissensnot befinde, ihre Hilfe zugesagt. Die Duisburger Pfarrer hätten sich dagegen bemüht, die Gewissensbedenken erst einmal zu schaffen, indem sie denen, die sich auf ihren Aufruf nicht meldeten, unterstellten, daß sie bereit seien, auf ihre deutschen Brüder zu schießen.

Zur Lage der beiden Kirchen in der Sowjetzone, wie sie durch die Verweigerung der Interzonenpässe und durch die fortgesetzten schikanösen Maßnahmen gegen die kirchliche Jugendarbeit besonders beleuchtet wurde, erklärte Dr. Ehlers: „Wir Evangelischen nehmen mit Schmerz davon Kenntnis, daß die gleichen Methoden gegenüber dem Deutschen Katholikentag in Berlin im August mit der Sperrung von Sälen, Versammlungsstätten usw. eingeleitet werden. Hier stehen beide Kirchen gemeinsam in der gleichen Bedrückung.“

(Wir werden in einer der nächsten Nummern auf diese Rede des Bundestagspräsidenten noch ausführlicher zurückkommen.)

9. August 1952

A IV 6 i Gewerkschaft

Christliche Aufgaben in der Gewerkschaftsbewegung

Die Internationale Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Arbeitnehmerverbände legte der Sektion III der Lutherischen Weltbundtagung eine „Botschaft“ vor. Ausgehend von dem Wort „Wer Gott verliert, verliert alles!“, stellt die Denkschrift fest, daß dies nicht nur für das persönliche Handeln, sondern auch für eine Gemeinschaft gelte. In einer Organisation sei das Mitglied nicht nur für sein persönliches Handeln, sondern auch für das Handeln der Organisation verantwortlich. „Die Gestaltung einer sozialen Ordnung“, so heißt es abschließend, „bedeute fortwährende weltanschauliche Entscheidung. Es gibt in der sozialen Arbeit, die auf eine allgemeine Ordnung ausgerichtet ist, keine weltanschauliche oder religiöse Neutralität. Gewerkschaftliche Tätigkeit ist immer weltanschaulich begründet. Es ist die Aufgabe der Internationalen Arbeitsgemeinschaft evangelischer Arbeitnehmerverbände, in der ganzen Welt dafür zu kämpfen, daß auch in der Wirtschaft und im sozialen Leben Gottes Gebote zur Grundlage allen Handelns werden, und daß insbesondere in der Gewerkschaftsbewegung die Stimme des Christentums kräftig erhoben wird. Heute hat die Gewerkschaftsbewegung auch die Missionsgebiete in Asien und Afrika erfaßt. Die Christen dürfen in der heutigen Welt die Sammlung und Orientierung der Arbeiterschaft nicht gottfremden Kräften überlassen. Sie haben eine schwere Verantwortung auch gegenüber den Gewerkschaften.“

9. August 1952

C b CSU

Monarchie als Bayernpartei-Schlager

CSU-Generalsekretär MdB. Franz Strauss hat auf Grund der Tatsache, daß Kronprinz Rupprecht kürzlich auf einem von der Bayernpartei organisierten Heimatfest in Obermeuching bei Erding erschien, ein Schreiben nach Leutstetten gerichtet, in dem er schwerste Bedenken gegen diesen Vorgang äußert. Strauss gibt zunächst der Hoffnung Ausdruck, daß Kronprinz Rupprecht die näheren Umstände dieses Parteifestes und der Zweck, der von der Bayernpartei damit verfolgt wurde, nicht bekannt waren.

Wörtlich fährt Strauss fort: „Der Gedanke der Monarchie ist in Bayern — das darf ich als Alt- und Ur-Bayer wohl zum Ausdruck bringen — zu ehrwürdig, als daß er Gegenstand der Agitation für eine einzige Partei werden dürfte. Ich hatte aus diesem Grunde schon gemeinsam mit meinen politischen Freunden erhebliche Bedenken gegen die Gründung der Bayerischen Heimat- und Königspartei. Die Bayernpartei hat es im Laufe der letzten Jahre mit verschiedenen Reklame-Schlagern versucht, eine mangelnde politische Konzeption und mangelnde politische Klarheit über die Stellung und die Möglichkeiten Bayerns in Deutschland zu ersetzen. Verschiedene Persönlichkeiten der Bayernpartei haben erheblich dazu beigetragen, das Ansehen Bayerns in Deutschland herabzusetzen. Es ist in den Kreisen meiner politischen Freunde so aufgefaßt worden, als ob man nunmehr, nachdem alle übrigen Versuche fehlgeschlagen sind, in Bayern zu großer politischer Bedeutung zu gelangen, Ihre ehrwürdige Person und das Ansehen des Hauses Wittelsbach einzuspannen will, um dieser Partei neuen Glanz zu verleihen.

Ich bin mit meinen politischen Freunden der Meinung, daß Euere Königliche Hoheit als ehemaliger bayerischer und deutscher Generalfeldmarschall und die ruhmreiche Geschichte des Hauses Wittelsbach zu gut sind, um als Vorspann für parteipolitische Ziele verwendet zu werden. Wenn der Gedanke der Monarchie im bayerischen Volke lebendig erhalten werden soll, darf er nicht in Verbindung gebracht werden mit der Bayernpartei, auch nicht mit der Person Dr. Baumgartners. Euere Königliche Hoheit werden es mir ersparen, die Gründe dafür im einzelnen anführen zu müssen.“

9. August 1952

A IV 7 c Flüchtlingsorganisation

Weg von Potsdam!

Die Pressestelle des Bundes der vertriebenen Deutschen gibt bekannt: Der 1. Vorsitzende des Bundes der vertriebenen Deutschen, MdB. Dr. Linus Kather, hat zum „Tag der Heimat“ am 3. August folgenden Aufruf veröffentlicht: „Der Tag von Potsdam, der sich zum siebenten Male jährt, ist ein Tag des Unheils für die vertriebenen Deutschen, für alle anderen Deutschen und darüber hinaus für Deutschland und die Welt. Diese Erkenntnis ist jedem Deutschen zutiefst bewußt und beginnt auch in der Welt zu wachsen. Solange indes das Unrecht an den Vertriebenen währt und Deutschland zerrissen ist, lebt Potsdam. Es lebt insbesondere in der Moskauer Parole: „Zurück zu Potsdam!“ Die Antwort bei den Vertriebenen und im Westen auf dieses Schlagwort vom Osten kann nur lauten: „Weg von Potsdam!“ Nur unter dieser Parole kann ein friedlicher Weg in die Heimat gebahnt werden. Dieser Weg führt über Berlin und über Straßburg, über ein wiedervereinigtes West-Mitteldeutschland und über ein einiges Europa. Aber nicht Proklamationen bereiten ihn, sondern ein starker politischer Wille, unter den Vertriebenen, in Deutschland und in der Welt des Westens. Der Osten hat den Weg der Vertriebenen in die Heimat schon an der Zonengrenze erst in jüngster Zeit erneut verbarrikadiert und mit Stacheldrahtverhauern versperrt. Das Schicksal der Vertriebenen bleibt somit weiter ungewiß. Deshalb erwarten sie von der Bundesrepublik und von der Welt Verständnis für ihre Lage und Hilfe und Unterstützung bei der Schaffung neuer Lebensgrundlagen in der Gastheimat im Westen.“

9. August 1952

A II c 4 Bundestag

Ehlers gegen SPD-Vorwürfe

Bundestagspräsident Dr. Ehlers weist in einem Schreiben an die Fraktionen des Bundestages die von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Mellies gegen seine Geschäftsführung geübte Kritik zurück. Gegenüber der Äußerung von Mellies, Ehlers habe durch eine außerordentlich straffe Geschäftsführung bei den Darlegungen der Regierungssprecher zu erreichen versucht, daß das Parlament sich wie eine Schulklasse benommen habe, die mit gefalteten Händen die Darlegungen des Lehrers anzuhören habe, betont Ehlers, daß während der Rede des Kanzlers 146 Zwischenrufe der Kommunisten protokolliert worden seien. Während der Rede der sozialdemokratischen Sprecher hätten hauptsächlich die Vizepräsidenten Dr. Schmid und Dr. Schäfer amtiert.

9. August 1952

A I a Verteidigungsbeitrag

„Neudeutschland“ bejaht Verteidigungsbeitrag

Der Jungenfürher der katholischen Jugendgemeinschaft „Neudeutschland“, Felix Raabe (Berlin), bejahte am 5. August in Mainz einen deutschen Verteidigungsbeitrag als einen neuen Schritt zur Schaffung Europas. Er müsse von einer legalen politischen Autorität, dem Bundestag, sorgfältig mit dem Zweck beschlossen werden, der Verteidigung Europas gegen einen möglichen Angriff zu dienen. Raabe betonte auf einer „festlichen Stunde“ während des zweiten Nachkriegs-Bundeszeltlagers der Gemeinschaft, der Bund stehe hinter jedem verantwortungsbewußten Politiker, auch wenn er unpopuläre Forderungen stelle, um die Freiheit des Staates und des Volkes zu verteidigen.

9. August 1952

C c Landesparteien

Neue Phase der Verteidigungswirtschaft

Nach der Ankurbelung der Verbrauchsgüterwirtschaft zur Erhöhung des Lebensstandards und Schaffung von Arbeitsplätzen und der Inangriffnahme einer wirksamen Erweiterung der Engpässe in den Grundstoffindustrien tritt die westdeutsche Wirtschaft jetzt in die dritte Phase einer auf Verteidigungsbereitschaft gerichteten Wirtschaftspolitik ein, betonte der Geschäftsführer der wirtschaftspolitischen Ausschüsse der CDU, Diplomkaufmann Sziwek, kürzlich in einem Vortrage vor dem Wirtschaftsausschuß Braunschweig-Stadt der Christlich-Demokratischen Union. Die Kosten der Verteidigungsbereitschaft seien nicht so hoch, wie vielfach behauptet würde. Im laufenden Haushaltsjahr des Bundes dürften sie etwa ein Zehntel höher sein als die Besatzungskosten des Vorjahres. Das bedeute keine Belastung, die zu einer Senkung der Lebenshaltung führen müsse. Ernster sei schon der Verlust an Facharbeitern und die zu erwartende Anpassung der Devisenbilanz. Alle diese Aufgaben seien ohne einen Kurswechsel in der Kapitalmarktpolitik und ohne einen Umbau der Steuergesetzgebung nicht durchführbar. Zwar könne kaum daran gedacht werden, die steuerliche Belastung als Ganzes wesentlich zu vermindern, aber eine einfachere Steuerpolitik und den Leistungswillen stärker fördernde Steuerpolitik sei unbedingt erforderlich. Bei der Umsatzsteuer solle eine Einphasensteuer künftig nur noch die Wertschöpfung besteuern. Freie Preisbildung und freier Wettbewerb in der Marktwirtschaft setzten ferner voraus, daß Preisbindungen weitgehend ausgeschaltet würden. Der besonderen Notlage Niedersachsens entlang der Grenze zur Sowjetzone und der übrigen gleichgelagerten Bundesländer sei vor allem steuerlich stärker Rechnung zu tragen.

9. August 1952

C c Landesparteien

Aktive Kulturpolitik in Schleswig-Holstein

Auf einer Wahlversammlung in Schleswig-Holstein hat Landtagsabgeordneter von Hassel Fragen der schleswig-holsteinischen Kulturpolitik behandelt. Er erklärte, es sei kein Zweifel, daß die Landesregierung ihre Verpflichtungen in der Kulturpolitik außerordentlich ernst nehme. Während die Zahl von Volks- u. Mittelschulen 1946: 6217, 1949: 8483 betragen habe, sei sie trotz absinkender Schülerzahlen 1951 auf 9597 erhöht worden. Die Mittel, die für die Jugendpflegearbeit eingesetzt worden sind, beliefen sich bei Antritt dieser Regierung 1950 auf 1,9 Mill. DM, seien 1951 auf 2,5 Mill. DM und 1952 auf 3,3 Mill. DM erhöht worden. Und wenn schließlich der Gesamtetat des Kultusministeriums, der 1948: 80,0 Mill. DM, 1949: 97,8 Mill. DM, 1950: 113,7 Mill. DM, 1951 bereits 135,5 Mill. DM ausmache und 1952 auf 139,5 Mill. DM festgesetzt worden sei, so sei das doch wohl ein Beweis dafür, daß die CDU und ihre in der Regierung stehenden Freunde die Kulturpolitik aktiv gestaltet hätten.

9. August 1952

A III 1 a Die Parlamentarischen Parteien

CDU-Vertreter im Marburger Universitätsältestenrat

Bei den Wahlen zum Ältestenrat der Marburger Universität am 30. Juni wurden bei 5 Fakultätsältesten drei Mitglieder des CDU-Hochschulringes gewählt. Die Kandidaten stammen aus der volkswirtschaftlichen, der medizinischen und der philosophischen Fakultät.

9. August 1952

Wichtig für Vertriebene

Weiterführung der Umsiedlung

Die Arbeitsgemeinschaft der Länderflüchtlingsverwaltungen, die sich kürzlich in Bad Harzburg mit der Weiterführung der Umsiedlung befaßte, sprach sich einmütig für Fortsetzung der Aktion nach dem Vollzug des Umsiedlungsgesetzes 1951 aus. Hierfür hält sie folgende Maßnahmen für erforderlich: 1. die jeweils für die Umsiedlung verfügbaren Mittel sind unverzüglich dem Umsiedlerwohnungsbau zuzuführen; 2. die hieraus zu erreichenden Umsiedlerzahlen sind alsbald festzulegen, ohne abzuwarten, welche Endzahl das künftige Umsiedlungsgesetz bestimmen wird. Für den Entwurf dieses Gesetzes wird empfohlen, neben der Umsiedlung durch Kommissionen zum Zwecke der Neueingliederung die Familiennachführung auch weiterhin in die Wohnungsbauförderung einzubeziehen sowie die Vertreter des Abgabelandes und des Aufnahmelandes, anders als bisher, über Aufnahme oder Ablehnung gleichberechtigt entscheiden zu lassen. Für die laufende Umsiedlungsaktion kamen die Länderflüchtlingsverwaltungen überein, die Entscheidung im Einzelfall stärker von der sozialen Lage des Umsiedelnden abhängig zu machen.

Auswahl von Umsiedlern

Der Bundesminister für Vertriebene erklärt in einem Erlaß, daß Ablehnungen kinderreicher Umsiedlungswilliger Heimatvertriebener durch die Auswahlkommissionen der Aufnahmelande tunlichst vermieden werden sollen, da sie geeignet seien, Unruhe unter den umsiedlungswilligen Vertriebenen hervorzurufen. Weiterhin erklärt der Minister, daß ein Heimatvertriebener durch Heirat einer Einheimischen oder eines Flüchtlings aus der Sowjetzone seine Umsiedlungsberechtigung nicht verliert und Familien nicht auseinandergerissen werden sollen. Wenn bei Ehepartnern nicht der Ehemann, sondern die Ehefrau umsiedlungsberechtigt sei, müßten die Voraussetzungen für eine Umsiedlung von den beteiligten Ländern besonders geprüft werden. Der Minister empfiehlt, die Umsiedlung in derartigen Fällen im allgemeinen nur dann zuzulassen, wenn der Ehemann arbeitsunfähig ist und der Ehefrau die Ernährung der Familie im wesentlichen obliegt.

Fahrpreismäßigungen

Die Bundesbahn hat sich in weiteren Verhandlungen über Fahrpreismäßigungen zu folgenden Zugeständnissen bereit erklärt, wenn eine zentrale Steuerung durch das Bundesministerium für Vertriebene erfolgt:

1. Aussiedler und Heimatvertriebene Spätheimkehrer erhalten beim Durchlaufen der Bundesdurchgangslager Friedland, Furth i. W., Schalding und Piding die Bescheinigung zur Erlangung der Fahrpreismäßigung, wenn sie bis zum 15. 12. 1952 eintreffen; für zwei Fahrten, wenn sie später eintreffen; für eine Fahrt. Schluß der Ausstellung von Bescheinigungen ist der 30. Nov. 1953. Bescheinigungen zur Erlangung der Fahrpreismäßigung können auch schriftlich beantragt und von den Lagerleitern der Grenzdurchgangslager erteilt werden, wenn Personen nach dem 1. Juni 1952 die Lager durchlaufen haben, ohne in den Besitz dieser Be-

scheinigungen gelangt zu sein, oder wenn es sich um Personen handelt, die in das Bundesgebiet eingereist sind und aus besonderen Gründen die Grenzdurchgangslager nicht aufgesucht haben; Voraussetzung ist in diesen Fällen, daß eine Betreuungsbedürftigkeit vorliegt.

2. Bei Härtefällen: Im Hinblick darauf, daß Heimatvertriebene in einer gewissen Zahl von Fällen durch die Setzung eines Termins oder aus sonstigen Gründen von der Gewährung der Fahrpreismäßigung ausgeschlossen sind und die Versagung der Fahrpreismäßigung eine Härte bedeuten würde, hat sich die Bundesbahn bereit erklärt, für eine beschränkte Zahl von Fällen die 50prozentige Fahrpreismäßigung einzuräumen. Diese Zustimmung ist von der Abstempelung durch das Bundesministerium für Vertriebene abhängig gemacht, damit die Begrenzung der Zahl sichergestellt wird. Die bei Ziffer 1 genannten Abstufungen und Termine sind auch bei den Härtefällen zur Anwendung zu bringen.

Verbesserungsvorschläge für den Lastenausgleich

Nach Annahme des Lastenausgleichsgesetzes durch die Koalitionsparteien und in verstärktem Maße nach der Behandlung der Vorlage im Vermittlungsausschuß und den dort gemachten Kompromißvorschlägen wurde besonders von der Vertriebenenseite zum Ausdruck gebracht, daß eine Zustimmung zu der Gesetzesfassung nur unter Vorbehalt möglich sei. Die Koalitionsparteien bekundeten bei ihrer Zustimmung, die s. Zt. durch das Eingreifen des CDU-Abgeordneten Dr. Kather ermöglicht wurde, die Absicht, durch Novellen zum Lasten-

Lastenausgleichsgesetz

Im Bundesverlag, Bonn, erschien eine Textausgabe des Gesetzes und der hierzu erlassenen weiteren Vorschriften (Feststellungsgesetz, Gesetz über Währungsausgleich für Sparguthaben Vertriebener) mit Sachregister.

Die Ausgabe enthält eine Einführung in das Gesetz sowie Hinweise und Kommentierungen aus der Feder sachkundiger Bearbeiter.

Der Gesetzestext ist zu beziehen zum Preise von DM 3,80 zuzüglich DM 0,50 Porto und Verpackung beim:

Deutscher Bundesverlag, Bonn
Postamt Bundeshaus, Postschließfach

ausgleichsgesetz die noch bestehenden Härten zu beseitigen und Verbesserungen zu ermöglichen.

Der Vorstand des „Bundes der vertriebenen Deutschen“ hat inzwischen seine Wünsche formuliert. Es handelt sich im wesentlichen um folgende von den Vertriebenen wohl durchweg vertretene Vorschläge:

1. **Hausratsentschädigung:** Für die Rechnungsjahre 1952/53 und 1953/54 sind je 500 Mill. DM vom Lastenausgleichsfonds bereitzustellen, so daß insgesamt 1 Mrd. DM bis zum Jahresschluß 1953 an die Empfänger ausbezahlt werden kann. Weiterhin wird vorgeschlagen, durch Ausgabe von Textillieferscheinen an die Entschädigungsberechtigten im Rahmen der Hausratsentschädigung den aufgestauten Bedarf an

Sudetendeutsche Sparbücher

Die Tatsache, daß der Großteil der Sudetendeutschen infolge der bekannten tschechoslowakischen Maßnahmen keine Beweisunterlagen über seine Sparkonten besitzt, hat den BVD im Frühjahr dieses Jahres veranlaßt, den Amerikanischen Hohen Kommissar um seine Intervention bei der tschechoslowakischen Regierung wegen Freigabe der Unterlagen zu bitten. Wie die VK. mitteilt, ist der Amerikanische Hohe Kommissar mit Unterstützung des Englischen und Französischen Hochkommissars über die tschechische Militärmission in Prag vorstellig geworden. Über das Ergebnis ist noch nichts Näheres bekannt geworden.

Hamburger Kunsthalle zeigt ostpreussische Maler

Die nordostdeutsche Künstlervereinigung von der Akademie der Heimatvertriebenen Künstler in Lüneburg zeigt vom 2. bis 13. August in der Hamburger Kunsthalle Werke ostpreussischer Maler. Vornehmlich werden Bilder mit Motiven aus dem ostpreussischen Malerparadies Memel—Tilsit—Kurisches Haff und Kurische Nehrung ausgestellt.

Textilien zu decken und dadurch eine Vorleistung der Lastenausgleichsabgaben der Textil-Wirtschaft zu erzielen. Eine derartige Aktion kann nach Schätzungen bis zu 750 Mill. DM zusätzlich für die Hausratsentschädigung bis Ende 1953 erbringen.

2. **Eingliederung der Heimatvertriebenen Landwirtschaft:** Für die Eingliederung der Heimatvertriebenen Landwirtschaft sollen in den Rechnungsjahren von 1953 bis 1956/57 jährlich 100 Mill. DM darlehensweise aus dem Lastenausgleichsfonds fließen, damit innerhalb von 5 Jahren mindestens 80 bis 100 000 Heimatvertriebene Bauernfamilien neusiedeln können. Ein Drittel der jährlich für die Eingliederungshilfe vorgesehenen Mittel, mindestens jedoch 300 Mill. DM, soll dem landwirtschaftlichen Sektor zukommen. Da im Bundesgebiet rd. 2 Mill. Hektar kultivierungsfähigen Bodens vorhanden sind, wird auf die Bedeutung der Neusiedlung Heimatvertriebener Landwirte hingewiesen, wodurch die allgemeine Ernährungsgrundlage in der Bundesrepublik wesentlich verbessert würde.

3. **Eingliederung der Heimatvertriebenen Wirtschaft:** Ein weiteres Drittel der Eingliederungshilfe soll der wirtschaftlichen Eingliederung Heimatvertriebener und bombengeschädigter Handwerker, Kaufleute, Gewerbetreibende und den Angehörigen der freien Berufe dienen.

4. **Wohnraumhilfe:** Bei der Vergabe von Wohnraumhilfsmitteln müssen alle Entschädigungsberechtigten den Vorrang haben, damit eine Zweckentfremdung von Lastenausgleichsmitteln verhindert wird. Die Wohnraumhilfe muß im Sinne einer echten Eingliederungshilfe beim Wohnhausbau die II. Hypothek ganz oder teilweise ersetzen. Ein bestimmter Prozentsatz der Wohnraumhilfsmittel ist für I. Hypotheken bereitzustellen.

5. **Mitarbeit der Vertriebenen:** Entschädigungsberechtigte und Abgabepflichtige sollen im Rahmen der Durchführung des Lastenausgleiches zur Mitarbeit herangezogen werden. Die Schlüsselpositionen in den Verwaltungsstellen sind so zu besetzen, daß eine konstruktive Sozial- und Wirtschaftspolitik beim Lastenausgleich gewährleistet ist.

Sowjetzonalen Mosaik

In der Sowjetzone werden sogenannte Bino-Erzeugnisse, Suppenwürze und Brühwürfel, markenfrei vertrieben, die auf Abfallprodukten der Igelit-Herstellung gewonnen werden. Da bereits acht Personen nach Genuß dieser in Bitterfeld hergestellten Suppenwürfel an Kehlkopfkrebs gestorben sind, warnt der Berliner Senator für Gesundheitswesen vor diesen Bino-Erzeugnissen.

Wilhelm Pieck hat auf der Parteikonferenz der SED in Ost-Berlin bewegte Klage darüber geführt, daß die Sowjetzonenbevölkerung der Volkspolizei-Werbung ablehnend gegenüber steht. Das sei „schlimmer als Pazifismus“ sagte er. Die Volkspolizei-Armee in der Sowjetzone werde alle modernen Waffen erhalten und nach dem Vorbild der Roten Armee geschaffen. „Unsere Jugend darf sich nicht auf Kleinkaliberschießen und Sport beschränken“, betonte Pieck.

Durch die sowjetzonalen Sperrmaßnahmen wurde 35 000 West-Berlinern die Nutzung ihrer in der Sowjetzone gelegenen Grundstücke genommen. Diese haben insgesamt einen Wert von 147 Mill. DM. Es handelt sich nach vorläufigen Berechnungen um 8700 Wochenendhäuser, 4800 Wohnhäuser und 5400 Laubengrundstücke, in die die Besitzer nach ihren eigenen Angaben über 17 Mill. DM investiert hatten.

Die Zahl der Flüchtlinge aus der Sowjetzone, die keine Anerkennung als „poli-

tische“ Flüchtlinge erhalten, aber eine Rückkehr in die Sowjetzone abgelehnt haben, ist auf 120 000 gestiegen. Diese leben zur Zeit „illegal“ in West-Berlin von Sozialunterstützung, da ihnen bei der großen Arbeitslosigkeit keine Arbeit vermittelt werden kann.

Beim Präsidium des Ministerrates der Sowjetzone — der obersten Pankower Regierungsinstanz — wird nach zuverlässigen Informationen aus Ostberliner Regierungskreisen ein „Staatssekretariat für Kirchenfragen“ eingerichtet. Gleichzeitig soll das Amt für Kirchenfragen bei dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Otto Nuschke (Ost-CDU) aufgelöst werden. Die Neugründung kommt einer „Entmachtung Nuschkes im Zusammenhang mit dem „Kirchenkampf“ der SED gleich.

In der sächsischen Kreisstadt Oschatz hatten sich die Mitglieder der LDP in einer Resolution gegen die Aufstellung „Nationaler Streitkräfte“ ausgesprochen. Die Vorstandsmitglieder Thomas und Thust vertraten diesen oppositionellen Standpunkt am 24. Mai auf dem LDP-Landesparteitag in Leipzig. Jetzt wurde, wie der Pressedienst der Exil-CDU berichtet, der LDP-Vorstand von Oschatz aufgelöst, Thomas und Thust wurden wegen parteischädigenden Verhaltens aus der LDP ausgeschlossen und gegen eine Reihe anderer Mitglieder Verfahren eingeleitet.

Lutherischer Weltbund zum Vertriebenenproblem

Auf der Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes in Hannover wurde auch das Vertriebenenproblem eingehend behandelt. In einem ausführlichen Referat bezeichnete der Direktor des Flüchtlingswesens des Lutherischen Weltbundes, Stewart W. Herman (USA), die vierjährige Tätigkeit des Flüchtlingsdienstes des Bundes als ein hohes Lied des christlichen Glaubens in einer Zeit der Not und Angst. Nach seinem Bericht begannen die Evangelischen Kirchen schon im Juli 1947 mit der Durchführung eines Hilfsprogrammes für Vertriebene und Flüchtlinge. Innerhalb von 4 Jahren wurden für mehr als 1,5 Mill. Pfund Nahrungsmittel, Kleidung und Medikamente an Vertriebene verteilt und in Zusammenarbeit mit der IRO die Auswanderung von ca. 60 000 Heimatlosen durchgeführt. Der Lutherische Weltbund stehe jedoch auf dem Standpunkt, daß die Lösung des Vertriebenenproblems durch eine verstärkte Auswanderung nicht die geeignete Form sei. Nach Ansicht der Vollversammlung müsse vielmehr die Eingliederung der Vertriebenen in den europäischen Aufnahmelandern vorangetrieben werden.

Für die nächsten 5 Jahre soll die Flüchtlingsarbeit des Lutherischen Weltbundes durch eine weltumfassende Hilfsaktion unter dem Namen „Lutheran World Service“ erfolgen. Der amerikanische Deutschlandvertreter des Weltbundes, Pastor Martin C. Dietrich, richtete im gleichen Sinne einen Appell an alle Kirchen der Welt. Finnlands Vertreter, der Präses Eino Ahla, wies auf das Beispiel seines Landes hin, das im Bewußtsein echter christlicher Verantwortung den Lastenausgleich erfolgreich durchführte. Daß die geplanten Hilfsmaßnahmen über den

caritativen Rahmen hinaus durch enge Zusammenarbeit mit den weltlichen Instanzen zu größeren Erfolgen führen möge, ist der Wunsch aller Vertriebenen. (Da die Tagungen des Lutherischen Weltbundes bei Redaktionsschluß noch andauern, konnte ein umfassender Bericht nicht gegeben werden. — Die Redaktion).

Kirche und Flüchtlinge

Welche Aufgabe hat die Kirche, die 1945 als einzige halbwegs intakte Organisation der Flüchtlingsnot begegnen konnte, heute gegenüber dem Flüchtlingsproblem, wie hat sich der Auftrag der Kirche gewandelt? Bischof D. Halfmann von Holstein beleuchtet dieses grundsätzliche Problem im „Informationsblatt für die Gemeinden in den niederdeutschen lutherischen Landeskirchen“ unter besonderer Berücksichtigung der in Schleswig-Holstein durch den Zustrom von einer Million Flüchtlingen entstandenen Lage. Als in der ersten Notzeit nach dem Zusammenbruch jeder staatlichen Ordnung die Kirche durch das Organ des Evangelischen Hilfswerks und die großartige Liebestätigkeit der Ökumene unzählige Existenzen vor dem physischen Untergang retten konnte, folgte sie damit wohl ihrem ureigenen Auftrag, tat aber doch auch weithin einen stellvertretenden Dienst. Erst nachdem mit dem Erstehen einer neuen staatlichen Ordnung die sozialen und politischen Aufgaben wieder in die öffentliche Hand zurückfielen, konnte die Kirche erkennen, welche Fülle von Aufgaben ihr angesichts des Flüchtlingsproblems zu lösen blieben, die zu ihrem allereigensten Bereich gehören. Diese Besinnung auf ihren seelsorgerischen und diakonischen Auftrag ist,

so schreibt Bischof Halfmann, um so notwendiger angesichts der fast unaufhaltsam fortschreitenden Säkularisierung des Flüchtlingsproblems. Die Aufgabe der Kirche ist künftig, durch Intensivierung ihrer Arbeit zu versuchen, das auszugleichen, was sie an extensiver Wirkung verloren hat.

Investitionsbank für Flüchtlingshilfe

Der Flüchtlingsausschuß des Europarats hat die Bildung eines Fonds zur wirtschaftlichen Wiedereingliederung der Flüchtlinge — inner- oder außerhalb Europas — vorgeschlagen. Zur Förderung der Auswanderung nach Übersee empfiehlt er den Mitgliedsstaaten die vermehrte Mitarbeit bei dem vorläufigen Zwischenstaatlichen Ausschuss für europäische Wanderungsbewegungen, dem Nachfolger der IRO. Dieses Organ hat seinen Sitz in Genf und sollte nach Meinung des Ausschusses eine ständige und erweiterte Aufgabe erhalten. Auch der Sozialausschuß beschäftigte sich mit dem Problem der Flüchtlinge, insbesondere mit einem Plan zur internationalen Finanzierung der wirtschaftlichen Eingliederung. Es wird zur Zeit die Gründung einer europäischen Investitionsbank erwogen, der die Finanzierung öffentlicher Arbeiten von europäischem Interesse zufallen soll.

Aus der Arbeit der Exil-CDU

Beratungsstellen der CDU in Flüchtlingslagern

Immer wieder eingehende Anfragen über politische Flüchtlinge veranlassen uns, darauf hinzuweisen, daß Anfragen über CDU-Mitglieder, die aus der SBZ flüchten mußten, unmittelbar an das Ostbüro der CDU, Berlin-Charlottenburg 9, Reichstraße 4, zu richten sind. Das Ostbüro hat gleichzeitig in den Bundesnotaufnahmehäusern Gießen und Ulzen Außenstellen eingerichtet, den geflüchteten Mitgliedern der CDU aus der SBZ beim Notaufnahmeverfahren mit Rat und Unterstützung zur Verfügung zu stehen. Die Anschriften dieser Außenstellen lauten:

CDU-Ostbüro, Außenstelle Gießen, Bundesnotaufnahmehaus; Leiter: Alfons Dunkelberg.

CDU-Ostbüro, Außenstelle Ulzen, Bundesnotaufnahmehaus oder Postfach 131; Leiter: Eugen Wentscher, stellv. Leiter: Bock.

Die Geschäftsstellen der Partei werden gebeten, politische Flüchtlinge, die um Unterstützung für ihr Notaufnahmeverfahren bitten, an diese Stellen zu verweisen.

Warnung

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß von der West-Abteilung der Ost-CDU, die unter Leitung von Walter Rübels steht, vor dem bereits mit Schreiben vom 11. Juni 1952 gewarnt worden ist, immer wieder der Versuch unternommen wird, Verbindung mit Einzelpersonlichkeiten und Geschäftsstellen der CDU in der Bundesrepublik aufzunehmen. Zu diesem Zweck bereisen neben Rübels auch andere Persönlichkeiten der Ost-CDU die Bundesrepublik. Die Bundesgeschäftsstelle warnt alle Stellen der Partei vor derartigen Besuchern.

Suchmeldung

Nachstehende Personen werden gesucht: K o t z u r, KV-Geschäftsführer und Giesler, OG-Vorsitzender, früher Eisenleben, Sachsen-Anhalt. Jetzige Anschrift? Gesucht von Herrn Alfred Kitzing, Koblenz-Horchheim, Emserstraße 327.

Bundestag wird die Verträge ratifizieren

Entscheidung für freie Welt – Es gibt keine Alternative!

Bundeskanzler Dr. Adenauer gab dem Bonner Korrespondenten der italienischen Wochenzeitschrift „Epoca“ ein Interview über Bedeutung und Auswirkung der Vertragswerke.

Auf die Frage, ob in dem verstärkten Terror der Sowjetzone Anzeichen dafür zu sehen seien, daß es Rußland zum offenen Krieg kommen lassen werde, antwortete Dr. Adenauer:

„Das Ostzonen-Regime hat zweifellos neue Terrormaßnahmen gegen die deutsche Bevölkerung ergriffen. Der beste Beweis dafür ist, daß die Zahl der Flüchtlinge aus der Ostzone in den letzten Wochen stark angestiegen ist. Der verstärkte Druck, der von den kommunistischen Machthabern ausgeübt wird, zeigt, daß der Freiheitswille der Bevölkerung neue Kraft und Hoffnung erhalten hat durch die Entwicklung, die das Verhältnis der Bundesrepublik zu den drei Westmächten genommen hat.

Auf die Dauer wird auch die Sowjetregierung einsehen müssen, daß die Europa-Politik, die sie betreibt, keinen weiteren Nutzen mehr bringt. Ich glaube deshalb an die Möglichkeit eines friedlichen Ausgleichs mit der Sowjet-Union.“

Auf die Frage, ob die EVG ein Fehler sei, weil sie die Schaffung einer roten Nationalarmee provoziere, erklärte Dr. Adenauer:

„Ich halte es grundsätzlich für falsch, unsere ganze Politik ausschließlich auf die Sowjet-Union zu beziehen. Wir müssen das tun, was wir als richtig erkannt haben, und dürfen uns nicht das Gesetz des Handelns von der Sowjet-Union vorschreiben lassen.

Zu Ihrer speziellen Frage kann ich Ihnen sagen, daß das Sowjetzonenregime bereits seit langem in der Volkspolizei eine Truppe aufgestellt hat und daß wir selbst uns nur zögernd und unter dem Druck der Notwendigkeiten bereit gefunden haben, einen militärischen Beitrag zur Sicherung des Friedens zu leisten. Ich glaube übrigens nicht, daß man den Wert ostdeutscher Verbände, die sich aus Männern zusammensetzen, die zu diesem Dienst mit der Waffe gepreßt werden, besonders hoch einschätzen sollte.“

Die Frage, ob man die Gefahr einer weiteren kommunistischen Expansion eindämmen könne, beantwortete Dr. Adenauer mit „ja“:

„Das derzeitige Mißverhältnis der militärischen Kräfte ist eine der Ursachen der Kriegsgefahr. Wenn die freie Welt sich organisiert, wird die Sowjet-Union von sich

aus darauf verzichten, kriegerische Abenteuer zu unternehmen, weil das Risiko für sie zu groß wird. Die deutsche Sicherheit ist dadurch gewährleistet, daß wir nicht mehr allein stehen und durch die Verträge die freien Völker zu Verbündeten gewonnen haben.“

Hinsichtlich der Gefährdung der deutschen Wiedervereinigung bemerkte Dr. Adenauer:

„Die Wiederherstellung der deutschen Einheit kann nur mit Zustimmung aller vier Besatzungsmächte erfolgen. Nach Meinung der Bundesregierung stellen gesamtdeutsche freie Wahlen einen Weg dar, den alle vier Mächte billigen könnten. Durch die Verträge sichern wir uns die Mitarbeit von dreien der vier Mächte bei der Verfolgung unseres Ziels. Deshalb werden sich die Verträge nicht als ein Hemmnis, sondern als ein wirksames Instrument für die Wiedervereinigung erweisen. Die Wiederherstellung der deutschen Einheit ist ein Teilproblem innerhalb des großen Konflikts, der Ost und West heute trennt. Es wird demnach im Rahmen einer generellen Entspannung gelöst werden müssen. Ich bin aber fest davon überzeugt, daß das deutsche Volk seine Einheit wieder erlangen wird.“

Die Möglichkeit einer Alternative zu der bisher verfolgten Politik verneinte Dr. Adenauer entschieden:

„Die Bundesregierung, gestützt auf die Mehrheit des Bundestages und der öffentlichen Meinung, hat sich im Bewußtsein der geschichtlichen Vergangenheit und der geistigen Bestimmung Deutschlands für eine Zusammenarbeit mit der freien Welt entschieden.“

Auf die Frage endlich, ob er glaube, daß das Vertragswerk ratifiziert werde, erklärte der Bundeskanzler:

„Die erste Lesung der Ratifikationsgesetze im Deutschen Bundestag läßt bereits klar erkennen, wie die Entscheidung ausfallen wird. Ich habe die Verträge unterschrieben, weil ich sicher war, daß die Parlamente aller vertragsschließenden Mächte sich ihrer Verantwortung für die Zukunft Europas und die Festigung des Friedens bewußt sein würden. Aus dieser Verantwortung heraus werden die Verträge ratifiziert werden.“

Aufschlußreicher Mißerfolg

Die Deutschlandkommission der Vereinten Nationen hat sich auf unbestimmte Zeit verlagert. Sie hat über ihre Tätigkeit einen Bericht an den Generalsekretär der UNO erstattet, in dem sie ihre Bemühungen und deren Ergebnis darlegt. Aufgabe der Kommission war bekanntlich, in allen Teilen Deutschlands die Voraussetzungen zur Durchführung freier Wahlen zu prüfen.

Bundestag und Bundesregierung haben der Kommission zur Durchführung ihrer Aufgabe im Gebiet der Bundesrepublik jede Unterstützung geboten. Der Bundestag verabschiedete sogar ein eigenes Gesetz, das der Kommission alle Möglichkeiten für ein völlig freies und unbehindertes Arbeiten schuf. Das wird der Bericht der Kommission

feststellen müssen. Obwohl mit der Feststellung der Kommission, daß sie ihren Auftrag nicht durchführen konnte, das letzte Wort noch nicht gesprochen ist, wird jedoch auch die UNO-Versammlung an der Tatsache der Einreiseverweigerung für ihre Abgesandten durch die sowjetzonalen Behörden nicht vorbeikommen. Sie wird vielmehr ganz offiziell zur Kenntnis nehmen müssen, daß die sowjetisch besetzte Zone Deutschlands durch die Sowjets ihrem Einfluß entzogen wird.

Der nun vorgelegte Bericht wird vor aller Welt feststellen, daß die Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen und damit die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands nicht von der Bundesrepu-

blik, sondern einzig allein von den Behörden der sowjetisch besetzten Zone verhindert wird. Diese Feststellung wird ihre Wirkung auf die Weltöffentlichkeit nicht verfehlen. Es wird auch den Sowjets nicht möglich sein, sie der Bevölkerung der Zone zu verheimlichen.

So hat die Kommission trotz des scheinbaren Mißerfolgs dennoch eine wichtige Aufgabe erfüllt. Sie hat zusätzlich dafür gesorgt, daß auch die unter dem Trommelfeuer der sowjetischen Propaganda lebende Bevölkerung der Zone erkennt, daß es nicht der Westen ist, der die Einheit Deutschlands verhindert.

Drei Fragen - keine Antwort!

In einem Rundfunk-Interview des NWDR hat der Kommentator Walter Steigner dem SPD-Vorsitzenden Dr. Kurt Schumacher dreimal eine konkrete Frage nach Grundsätzen, Politik und Weg der SPD gestellt. Walter Steigner hat Dr. Schumacher dabei folgende klar formulierte Fragen vorgelegt:

„Welche Grundsätze würden Sie, würden die Sozialdemokraten, denn nun für eine Montan-Union für zweckmäßig halten?“

„Welche Politik würde Ihre Partei, Herr Dr. Schumacher, Frankreich gegenüber verfolgen?“

„Man wirft der Sozialdemokratie vor, wohl kritisieren, aber keinen anderen Weg zu Europa hin aufzeigen zu können.“

Auf die erste der hier wiedergegebenen Fragen hat Dr. Schumacher auf Prinzipien der Sozialdemokratie aus dem Jahre 1950 verwiesen, „die ich hier im einzelnen nicht wiedergeben will“. Der freundliche Hörer durfte also in seinem Privatarchiv nachschlagen!

Zur zweiten Frage meinte Dr. Schumacher: „Wir Sozialdemokraten waren die einzigen, die eine Konzeption der Außenpolitik und von den Möglichkeiten für Deutschland hatten.“ Wie diese Konzeption aussah, hat Herr Dr. Schumacher den Hörern nicht verraten.

Auch auf die dritte Frage hat Dr. Schumacher keine klare Antwort gegeben, sondern seine Zuflucht zu allgemeinen Redewendungen genommen.

Es ergibt sich nun die berechtigte Frage: Weiß denn Herr Dr. Schumacher selbst, was er will? Nach allen bisherigen Erfahrungen muß man diese Frage verneinen.

Der SPD zur Kenntnis

Man kann nicht, wie ich schon einmal gesagt habe, mit der Einstellung von gestern und den Begriffen von vorgestern die Notwendigkeiten von heute und die Aufgaben von morgen begreifen. Wer es trotzdem tut, der ist ein Reaktionär. Es steht nirgendwo in der Bibel geschrieben, daß die Sozialisten die Fortschrittlichen und die Christlichen Demokraten die Reaktionäre sind; in der Bibel steht lediglich geschrieben: „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.“

Die vorliegenden Verträge sind kein Ideal. In manchen Punkten der Zusatzverträge ist vielleicht nicht einmal das Maximum erreicht worden, das möglich gewesen wäre. Aber diese Verträge sind ein Meilenstein auf dem Wege zur europäischen Einheit.

Abg. Strauss (CSU) im Bundestage

Bundesminister Dr. Dr. h. c. Robert Lehr:

Wie wird unser Wahlgesetz aussehen?

Bundestagsabg. Dr. Wuermeling hat kürzlich im Bundestag ein Initiativgesetz begründet, das eine relative Mehrheitswahl vorsieht. Damit ist die Debatte über das künftige Wahlgesetz auch auf parlamentarischen Boden eröffnet. Der Bundesinnenminister, in dessen Bereich dieses entscheidend wichtige Problem fällt, schreibt u. a. darüber:

Je näher das Ende der ersten Wahlperiode des jetzigen Bundestags heranrückt, um so lebhafter wird die Diskussion um das künftige Wahlgesetz, das noch von dem gegenwärtigen Bundestag, also etwa spätestens im Frühjahr 1953, verabschiedet werden muß. Das erste Bundeswahlgesetz, nach dem die Wahl im Jahre 1949 stattfand, war nach dem Willen des Parlamentarischen Rats in seiner Gültigkeit von vornherein auf die erstmalige Wahl des neuen deutschen Parlaments beschränkt.

Im Gegensatz zur Weimarer Reichsverfassung, die die Verhältniswahl bindend vorschrieb, überläßt es das Grundgesetz der Bundesgesetzgebung, für welches Wahlsystem sie sich entscheiden will. Die Vielzahl der gesetzgeberischen Möglichkeiten hat wohl dazu beigetragen, daß in der Bevölkerung recht unsichere Vorstellungen darüber bestehen, nach welchem Wahlprinzip der Wähler im Sommer 1953 seine Stimme abgeben wird. Wir kennen zwar viele Wahlsysteme und könnten noch einige hierzu erfinden, aber es gibt kein Wahlsystem, das einer bestimmten Partei nur Vorteile und ihren Gegnern nur Nachteile brächte.

Hinzu kommt, daß dem Gesetzgeber auch bestimmte verfassungsrechtliche Schranken für die Gestaltung des Wahlsystems gesetzt sind. Artikel 38 des Grundgesetzes enthält solche lapidaren Verfassungsgrundsätze, nämlich die Prinzipien der allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahl. Darüber hinaus hat die Rechtsprechung der Staatsgerichtshöfe gewisse Grundsätze entwickelt, z. B. über zulässige und nicht zulässige Sperrklauseln gegenüber Splitterparteien, so daß sich die Wahlgesetzgebung von vornherein in bestimmten geordneten Bahnen halten muß.

Im Vordergrund steht die Entscheidung, ob man ein Mehrheitswahlsystem oder ein Verhältniswahlsystem oder eines der vielen Mischsysteme zugrunde legen will. Der Meinungsstreit zwischen den Anhängern der Mehrheits- und Verhältniswahl ist seit 1945 in Deutschland wieder in vollem Gang. Wäre in allen Dingen des öffentlichen Lebens das allgemeine Interesse so lebhaft wie hier, so könnten wir das nur begrüßen.

Ich will hier keinen neuen Beitrag zu der Auseinandersetzung zwischen Mehrheits- und Verhältniswahl geben. Wohl aber sei es mir erlaubt, etwas Öl auf die Wogen dieses Streites zu gießen. Man darf an diese Frage nicht mit einer Schwarzweißmalerei herangehen, die das eine System als den Stein der Weisen preist, das andere aber in Grund und Boden verdammt. Dazu sind die Dinge zu kompliziert und zu vielschichtig. Es gibt weder ein für alle Zeiten optimales Wahlsystem, noch läßt sich für eine bestimmte Verfassungslage einwandfrei sagen, welches System ihr am besten entspräche.

Mit einer grundsätzlichen Entscheidung für das Mehrheitswahlsystem oder das Verhältniswahlsystem wäre auch wenig gewonnen. Bei näherer Betrachtung ergibt sich, daß die verschiedenen Mehrheitswahl-

systeme und die verschiedenen Verhältniswahlsysteme je untereinander so verschieden sind, daß da die Probleme z. T. erst beginnen.

Ein Verhältniswahlsystem z. B. läßt sich einmal in der extremen Form der Weimarer Republik gestalten, die auch die Stimmen der kleinsten Splitterpartei gezählt und gewertet hat. Ferner ist eine Form denkbar, wie sie z. B. das erste Bundeswahlgesetz darstellt; hier wird ein Teil der Abgeordneten unmittelbar in Einmannwahlkreisen, also nach dem Personalprinzip, der Rest auf Landeslisten gewählt; das Gesamtergebnis wird nach dem reinen Proporz ermittelt. Schließlich kann man das Verhältniswahlprinzip in kleineren Wahlkreisen anwenden, in denen nur wenige, etwa drei, Abgeordnete zu wählen sind. Gerade die letztere Abart ist deshalb interessant, weil sie in ihren politischen Auswirkungen die Gefahr der Zersplitterung vermeidet, dafür aber den Hauptvorteil der Mehrheitswahl, nämlich das Persönlichkeitsprinzip aufweist.

Auch das Mehrheitswahlsystem ist in verschiedenen Abarten denkbar. Uns ist sowohl das System der relativen Mehrheitswahl geläufig, wie es in den angelsächsischen Ländern gehandhabt wird, bei der jeweils der Kandidat gewählt ist, der die höchste Stimmenzahl erreicht, als auch das absolute Mehrheitswahlsystem, das in Deutschland bis 1918 galt und wo man innerhalb des Wahlkreises die absolute Mehrheit erreichen mußte, um gewählt zu

werden; war das im ersten Wahlgang nicht möglich, so erfolgte eine Stichwahl zwischen den beiden stimmstärksten Kandidaten. Die romanischen Länder haben noch ein drittes Mehrheitswahlsystem entwickelt, bei dem im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit entscheidet, in einem etwa notwendig werdenden zweiten Wahlgang aber die relative Mehrheit (ohne Beschränkung der Kandidatenzahl auf die beiden stimmstärksten Bewerber) genügt.

Eine wichtige Aufgabe des Wahlsystems ist jedenfalls darin zu sehen, daß es geeignet sein muß, der in Deutschland so gefährlichen Parteizersplitterung entgegenzuwirken. Die Frage ist nur, wie weit man mit solch einem Mittel gehen kann, um in Deutschland jene Beschränkung der Parteienzahl zu erreichen, die für einen gesunden Parlamentarismus wünschenswert wäre, ohne damit die Gefahr heraufzubeschwören, daß politisch wertvolle Gruppen sich vergewaltigt fühlen. Ich möchte diese Frage hier nicht beantworten, denn sie kann wohl zweifelsfrei von niemandem beantwortet werden und hängt mit dem großen Problem zusammen, wo die Grenzen einer Gestaltungsmöglichkeit durch Gesetze überhaupt liegen.

Man wird so bei der Entscheidung über das Bundeswahlsystem eine Fülle von Umständen sehr sorgfältig abwägen müssen. Man soll weder den politischen Wirkungsgrad eines Wahlsystems überschätzen noch soll man dem Fehler verfallen, das Wahlsystem zum Gegenstand der Parteipolitik zu machen. Das Wahlsystem soll über den Parteien stehen. Wir müssen, wenigstens mit der Zeit, zu einer Art legitimen Wahlsystem kommen, einem Wahlsystem, das, wenn einmal der gegenwärtige Meinungsstreit ausgefochten sein wird, in der allgemeinen politischen Überzeugung als etwas Bleibendes anerkannt wird.

Internationales Jugendtreffen in Villach

Vom 10.—17. August findet in Villach (Österreich) ein großes internationales Jugendtreffen der christlich-demokratischen Jugendverbände Westeuropas statt, an dem auch Vertreter der Exil-Verbände der osteuropäischen Staaten teilnehmen werden.

Die Junge Union wird an diesem Treffen maßgeblich beteiligt sein. Bereits am 9. August wird das Treffen durch die Übergabe der Europa-Fahne des Straßburger Europarates an eine Delegation der Jungen Union Deutschlands eingeleitet. Die Übergabe der Fahne erfolgt auf der Rheinbrücke Kehl-Straßburg unter Anwesenheit vieler prominenter Persönlichkeiten der Politik aus Deutschland und Frankreich. Von Straßburg aus nimmt die Europafahne ihren Weg über München nach Villach. Von der österreichischen Staatsgrenze aus wird sie dabei von einer Ehrengarde der österreichischen Jugendbewegung begleitet werden.

Das Treffen in Villach selbst steht im Zeichen staats- und wirtschaftspolitischer Arbeit. Höhepunkte der Internationalen Woche wird eine Großkundgebung sein, die für Freitag, den 15. 8., in Villach vorgesehen ist. Auf dieser Kundgebung, die unter dem Thema „Europa — Heimat der Zukunft“ steht, werden u. a. Bundeskanzler Leopold Figl und Monsieur Henri Teitgen (Parteivorsitzender des MRP) sprechen. Außerdem ergreifen das Wort Staatsminister de Schrijver (Belgien) und Staatssekretär Taviani (Italien).

Die vorgesehenen Diskussionsgruppen werden sich neben den Problemen Österreichs und des Donauraumes auch mit dem Schumanplan, mit internationalen Studentenfragen, mit der Frage der Jugendarbeit, mit der politischen Konstruktion des noch zu schaffenden Europas sowie mit allen Problemen befassen, die im Hinblick auf die Schaffung der europäischen Agrarunion von Bedeutung sind. Im Mittelpunkt der Diskussionen wird das Problem der politischen Flüchtlinge aus Osteuropa stehen. Großer Raum ist darüber hinaus der Frage der europäischen Jungarbeiter und allen sich aus diesem Komplex ergebenden Problemen der Gewerkschaftspolitik eingeräumt. Der Bundesvorsitzende der Jungen Union Deutschlands, Ernst Majonica, wird auf der Internationalen Woche die Leitung des politischen Forums übernehmen.

Neben den politischen Aufgaben, die sich die Internationale Woche gestellt hat, wird im Rahmen großer Nachmittags-Veranstaltungen auch der Sport zu Worte kommen. Daneben finden noch eine Reihe kultureller Veranstaltungen, wie Volkstanz, Volkslieder und Laienspiele statt.

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, Bonn, Blücherstr. 14. Redaktion: Bonn, Pressehaus IV am Bundeshaus, Schließfach 102. Druck: Buch- u. Verlagsdruckerei L. Leopold, Bonn.